Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 74 (1994)
Heft: 9

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mangelndes Vertrauen in die Führung?

Was sich auf die Sommerzeit hin als Gesprächsstoff anbietet, pflegt in der politischen Publizistik epischer ausgewalzt und «hinterfragt» zu werden als sonst. So haben denn die Nachwehen des 12. Juni die eidgenössischen Gemüter ohne weiteres bis zum Nationalfeiertag und darüber hinaus beschäftigt. Nun mag man sich fragen, ob diese vielen tief- und breitschürfenden Betrachtungen eher als saisonale Lückenbüsser relativiert werden dürfen oder ob das schmerzhafte, wenn auch teilweise fast zufällige Scherbengericht des dreifachen Nein eben doch in einem grösseren Zusammenhang zu sehen und bedeutender gewichtet werden müsse. Man wird bald sehen, wie ernst die Akteure selbst die Gewissenserforschung nehmen – ob das alles nur Sommertheater gewesen ist.

Die Quintessenz der Debatte nach dem Urnengang war, dass das Vertrauen des Volkes in seine Behörden gestört sei. Der Bundesrat hat sich nach diesem Befund pflichtschuldigst zu einer Klausur zurückgezogen und Verbesserungen vor allem in bezug auf die Kommunikation angekündigt. Dagegen ist gar nichts einzuwenden, denn da herrscht noch viel Ängstlichkeit und Dilettantismus. Vor allem aber spiegelt sich in der Kommunikation, wie sie heute ja fleissig genug betrieben wird, die Dominanz der einzelnen Regierungsmitglieder bzw. Departementsvorsteher und die Absenz der Regierung als Kollegium. Auch wenn sich dieser gewiss nicht neuartige Zustand mangelnder Geschlossenheit bei Urnengängen zuweilen negativ auswirkt, lässt sich doch damit allein das konstatierte Malaise nicht schlüssig erklären.

Die These eines gestörten Vertrauens geht von der Prämisse aus, dass die politische Führung fähig sein müsse, sich mit ihren Vorlagen beim Souverän durchzusetzen. Sonst stimme eben etwas nicht. An sich ist die Erfolgsquote von Bundesrat und Parlament bei Volksabstimmungen ja nicht schlecht. Die Debatte dreht sich allein um die wiederholten Misserfolge bei Vorlagen, die eine Öffnung der Schweiz nach aussen beinhalten. Das oppositionelle Muster ist in sich konsistent und interpretierbar. Aber man will es nicht so recht wahrhaben. Und da die «politische Klasse» in ihrer grossen Mehrheit davon überzeugt ist, dass unser Land auf die Dauer nicht um integrationspolitische Weichenstellungen herumkommen werde, wird das mehrfache Veto zur Grundsatzfrage des mangelnden Vertrauens in die Führung emporstilisiert. Wenn zudem in Stellungnahmen unmittelbar nach der Abstimmung beteuert wird, man werde selbstverständlich den Entscheid des Souveräns respektieren, aber gleichwohl die als richtig erachteten Ziele unbeirrt weiterverfolgen, muss man sich nicht wundern, dass die Neigung, die Faust im Sack zu machen, eher noch wächst.

Das Volk muss nicht geführt werden. Geführt werden muss in den Sachfragen.

Der so verstandene Führungsanspruch hat die politische Stimmungslage im Land wohl stärker beschädigt als «verlorene» Abstimmungen. Gehört das Risiko der widerspenstigen *vox populi* nicht zum Wesen der direkten Demokratie, zum System ihrer *checks and balances*? Meinungsverschiedenheiten zwischen Entscheidungsträgern mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten sind in diesem Milizsystem unvermeidlich und vielleicht nicht einmal unerwünscht. Denn letztlich dienen diese Barrieren und Bremsen der längerfristigen Akzeptanz der politischen Marschrichtung. Deshalb tangieren Negativentscheide auch nicht das grundsätzliche Vertrauen in die verantwortlichen Behörden. Insofern ist der Ansatz und die Ebene der Vertrauensdiskussion völlig verfehlt.

Vertrauens- und Misstrauensmechanismen spielen indessen bei den einzelnen Sachentscheiden unzweifelhaft eine grosse Rollen. Über Ja oder Nein wird meist nicht aufgrund detaillierter Prüfung, sondern nach gefühlsmässiger Einschätzung von Notwendigkeit und Tragbarkeit einer Vorlage entschieden. Wenn es gelingt, einem Vorhaben zu unterstellen, dass wichtige Werte wie Unabhängigkeit oder Neutralität verletzt, dem Staat zu viele Kompetenzen gegeben oder unverantwortbare Kosten verursacht würden, ist das nötige Misstrauen für ein Veto mobi-

lisiert. Aber es sind die einzelnen Vorlagen, die diesem Test unterzogen werden. Die differenzierten Abstimmungsresultate der letzten Jahre lassen jedenfalls keine Grundwelle des Misstrauens erkennen. Es gab einzelne, darunter freilich schwerwiegende und schmerzhafte Misserfolge, die aber alle durchaus erklärbar sind.

So könnte man denn zum Abschluss der etwas wehleidigen Sommerdiskussion festhalten, dass kein Anlass besteht, allgemein über mangelnde Gefolgschaft und fehlendes Vertrauen in die Führung zu jammern. Das Volk muss nicht geführt werden. Geführt werden muss in den Sachfragen, für die seriöse und überzeugende Lösungen gefunden werden müssen. An solchen Hausaufgaben fehlt es nicht. Hier haben Regierung und Parlament Gelegenheit, konkret und praktisch Tag für Tag Glaubwürdigkeit zu exerzieren. ✦

ULRICH PFISTER

FRANKREICH UND DIE KUNST DER VERDRÄNGUNG

In seinem Werk «Vichy France» urteilt der amerikanische Historiker *Robert Paxton*, nach dem Waffenstillstand von 1940 seien die Franzosen wie nie zuvor bereit gewesen, Disziplin und Autorität hinzunehmen. Lediglich zwei Prozent der Bevölkerung, allenfalls zehn Prozent, Sympathisanten oder gelegentliche Helfer hinzugezählt, waren nach Schätzungen Paxtons tatsächlich in der Résistance aktiv – nach Ansicht seines französischen Kollegen *Henri Amouroux* sogar nur *«höchstens einige tausend»*... Amouroux ist der Autor eines Buches mit dem Titel «Die schönen Tage der Kollaborateure». Gemeint ist die Zeit der deutschen Besetzung Frankreichs zwischen 1940 und 1944, die den früheren Staatschef *Giscard* in der Erinnerung noch fünfzig Jahre danach zu öffentlichen Tränen provoziert. Es gehört längst nicht zum Allgemeingut französischen Denkens, in der Zeit von Frankreichs grösster Niederlage auch den Zusammenbruch des eigenen nationalen und moralischen Wertverständnisses zu erkennen.

So gedieh die Kollaboration in jenem merkwürdig diffusen Klima von Unterwerfung und morbider Begeisterung.

Wahr ist: Man lebte damals – und das nicht schlecht. Zumindest galt dies für jene, die bereit waren, mit den neuen Herren zusammenzuarbeiten. Und nahezu alle Personen von Rang, die heute in Frankreich sprechen, schreiben, verwalten, regieren, haben immer noch ihre Wurzeln in dieser verwirrenden Zeit. Auch der in Frankreich vor allem durch die Katholische Kirche seit alters her geförderte Antisemitismus. Jetzt, als die Deutschen da waren und die Judenhetze zu ihrer offiziellen Politik erklärten, stand ein Grossteil der französischen Bevölkerung nicht abseits. 1943 wurden rund 35 000 Franzosen von den Nazis inhaftiert. Franzosen mit dem Judenstern auf der Brust wurden von Franzosen in Polizeiuniform zum Transport nach Deutschland eskortiert.

Etwa 45 000 Franzosen meldeten sich zur berüchtigten Vichy-Miliz und zu Sondereinheiten, die französische Partisanen bekämpfen sollten. Fast 4000 Freiwillige zählte die «Légion des volontaires français», die ebenso wie die Waffen-SS-Division «Charlemagne» mit 9000 Angehörigen zum Kampf an der Ostfront eingesetzt wurde. Im Inneren übernahm das autoritäre Vichy-Regime immer häufiger die Praktiken der Deutschen: willkürliche Verhaftungen und Gefangennahmen, Inquisition durch die Polizei, Vorgänge, die durch den Touvier-Prozess im Frühjahr erstmals in aller Deutlichkeit den Franzosen vor Augen geführt wurden. Die Judenverfolgung in Frankreich – sie war ein «Gemeinschaftswerk» von Deutschen und Franzosen, deren Antisemitismus wiederum das grundierende Element der Kollaboration darstellte. Da verstand man sich, das verband miteinander. Einer der sogenannten «neuen Philosophen», *Bernard-Henri Lévy*, hat deswegen wohl zu Recht das idealistische Bild, das die Franzosen da gerne von sich selbst entwerfen, arg gezaust. An einer Reihe von Einzelfällen belegt Lévy die These, typisch für die Mehrheit der Franzosen seien eben nicht die im Namen von Demokratie und Aufklärung angezettelten Revolutionen – sondern vielmehr die *«frisch-fröhliche Kollaboration»* von Vichy.

Das Abkommen über den Waffenstillstand von 1940 verlangte von den besiegten Franzosen die Auslieferung geflohener Feinde *Hitler*-Deutschlands. Die Tragödien, die sich in den Hotels und Internierungslagern abspielten, lassen einen heute mit

Schaudern an die Grausamkeit der *Pétain*-Schergen im nichtbesetzten Teil Frankreichs denken. An den Sozialdemokraten *Rudolf Breitscheid*, geflohen aus Nazi-Deutschland, verhaftet von der Miliz in Marseille, gestorben in Buchenwald; an *Rudolf Hilferding*, den Autor des marxistischen Klassikers «Das Finanzkapital», 1933 nach Frankreich emigriert, 1941 verhaftet. Selbstmord im Gefängnis von Frèsnes. Die Liste dieser Schicksale ist lang: *Theodor Wolff* und der Kunstkritiker *Carl Einstein*, *Arthur Koestler* und *Jean Améry*, geflohen aus Deutschland, gefoltert in Frankreich. Das verzweifelte Glück der Ausnahme: *Walter Benjamin* und sein Freitod an der Pyrenäengrenze in der Furcht vor der drohenden Überstellung an die Gestapo.

Deutscherseits hatte man seine eigenen Vorstellungen: Hitler hatte mit Frankreich nicht nur einen formellen Waffenstillstand geschlossen, sondern auch einen scheinbar souveränen Etat français als Nachfolger der Dritten Republik zugelassen. Das war Vichy. Die Nazis träumten nämlich nach dem raschen Sieg über Frankreich von einem «neuen Europa» und trafen sich da mit dem Ideengut vieler französischer Intellektuellen.

Auch waren die Deutschen daran interessiert, jene Kräfte in Frankreich zu fördern, die Hitlers Traum von einem «neuen Europa», von der «Herrschaft der Eliten» für bare Münze nahmen. Allerdings begann die politisch-ideologische Kollaboration keineswegs erst 1940. Die Epoche zwischen den beiden Weltkriegen hatte bei vielen Franzosen ein gewisses Gefühl besonderer Gemeinsamkeit mit dem deutschen Nachbarn entstehen lassen. Man bewunderte sie, weil sie in angeblich so mustergültiger Weise das Chaos von Weimar beseitigt, die Ordnung im Reich wiederhergestellt hatten. Hinzu kam, dass die antisemitische Komponente ein weiteres Indiz für die Notwendigkeit lieferte, mit den Deutschen zu sympathisieren.

Dass der Faschismus in Frankreich vor allem unter kulturellen Vorzeichen entstanden war, wussten die Frankreich-Kenner der Besatzungsmacht nur allzu gut. Die Begeisterung für den jeweiligen Nachbarn war von ausgeprägt ambivalenter Art. Hier *Ernst Jünger* und *Friedrich Sieburg* im besetzten Paris, dort *Drieu la Rochelle* und *Robert Brasillach*. Die einen geniessen den Käse und das Flair französischer Clarté, die anderen fahren nach Weimar oder berauschen sich – schon vor dem Krieg – am todessüchtigen Gepränge der Nazi-Aufmärsche in Nürnberg. So gedieh die Kollaboration in jenem merkwürdig diffusen Klima von Unterwerfung und morbider Begeisterung. In der Pariser Orangerie drängelt sich die Crème der literarischen und künstlerischen Avantgarde zu Füssen des Nazi-Bildhauers *Arno Breker*. Man spielt *Beethoven* und *Chopin*, die Landser der Wehrmacht feiern im «Casino de Paris» *Maurice Chevalier*, während nebenan im Vel-d'Hiv-Radrennstadion die Juden zur Deportation in die Gaskammern von Treblinka, Auschwitz und Maidanek zusammengetrieben werden. Auch dies gehört zur Vorgeschichte der deutsch-französischen Freundschaft. ✦

WOLF SCHELLER

«LIBERAL», «FÖDERALISTISCH», «KONSERVATIV» – «VERTAUSCHTE MÄNTEL» BEIM ÜBERSETZEN

Die Sprache der politischen Philosophie ist voll von gewollten oder mindestens gedulteten Viel- und Mehrdeutigkeiten. In einer politischen Gemeinschaft sollen ja jene Begriffe, die Ideen bezeichnen, einen möglichst breiten Konsens zwischen ihren Befürwortern ermöglichen. In einer Demokratie wird es aber immer wieder dazu kommen, dass man die Begriffe, die der politische Gegner verwendet, so interpretiert, dass die Schwächen hervortreten – tatsächliche oder bloss unterschobene. Politik ist stets auch ein Streit mit Begriffen und ein Streit um Begriffe.

Abraham Lincoln hat solche Begriffskämpfe einmal als Rauferei zwischen zwei Betrunkenen bezeichnet, in welcher die Mäntel vertauscht werden. Schliesslich läuft jeder im Mantel des andern davon... Der mit politischer Publizistik vertraute Lincoln hat damit anschaulich auf ein sprachpsychologisches Phänomen aufmerksam gemacht, das später auch von *Sigmund Freud* in seinem Aufsatz «Vom Gegensinn der Urworte» beschrieben worden ist. Gewisse Worte können nicht nur einen einzigen konkreten Sinngehalt übermitteln, sie enthalten – je nach Situation – auch ihren Gegensinn, was die Möglichkeiten des spontanen Verstehens selbst innerhalb derselben Sprache erschwert und die Bedeutung des Umfelds der Kommunikation erhöht.

Raufereien zwischen politischen Kontrahenten mit unterschiedlichen Kombinationen von ideologischer Trunkenheit und Nüchternheit gab und gibt

es zu allen Zeiten in verschiedenen politischen Gemeinschaften und Sprachgruppen. Der erwähnte «Manteltausch» ist keine Ausnahme, und die politische Theorie muss immer wieder – oft mit zweifelhaftem Erfolg – terminologische Klärungen vornehmen. Es ist nicht erstaunlich, wenn dabei der Bedeutungswandel, besonders bei Lehnworten, die zunächst einmal in verschiedenen Sprachen gleiche oder ähnliche Bedeutung hatten, aufgrund unterschiedlicher politischer Entwicklungen zu unterschiedlichen, zum Teil sogar diametral entgegengesetzten Definitionen führt. Verwunderlich ist vielmehr, dass man diese rein terminologischen Übersetzungsprobleme oft nicht als solche erkennen will und mit einer inhaltlichen Meinungsverschiedenheit verwechselt. Der terminologische Manteltausch spielt sich in verschiedenen Sprachen weder gleichzeitig noch in gleicher Weise ab. Dies verursacht oft fast unüberwindliche Übersetzungs- und Verständigungsprobleme.

Ein eindrückliches Beispiel für den in verschiedenen Sprachen unterschiedlich verlaufenden Bedeutungswandel ist der Begriff *Liberalismus.* Wer sich in den USA als *liberal* bezeichnet, vertritt eine grundsätzlich andere Auffassung als etwa ein Liberaler in der Schweiz. Dies hat nicht nur mit dem traditionell weiten ideologischen Spektrum des Liberalismus zu tun, sondern hängt mit einem historisch lokalisierbaren «Manteltausch» in den USA zusammen. Was in den USA liberal genannt wird, ist nach unserer Terminologie sozialdemokratisch mit staats- und interventionsgläubiger Tendenz. Selbstverständlich gibt es auch zwischen den verschiedenen liberalen Gruppierungen in Europa grundlegende und subtile Unterschiede, doch sind diese grösstenteils eher graduell. Die Liberalen in den USA unterscheiden sich aber *prinzipiell* von dem, was auf dem europäischen Festland als *liberal* bezeichnet wird. Der britische Liberalismus ist näher beim amerikanischen, aber die terminologische Kehrtwendung ist dort weniger klar situierbar. Es würde sich lohnen, bezüglich Liberalismus auch den Unterschieden des UK-englischen und US-englischen Sprachgebrauchs nachzugehen, aber diese Subtilitäten sind nicht Gegenstand dieses Beitrags. Kritisch zu würdigen wäre in diesem Zusammenhang das Werk von *John Stuart Mill.*

Wer sich in den USA als «liberal» bezeichnet, vertritt eine grundsätzlich andere Auffassung als etwa ein Liberaler in der Schweiz.

Das Historische Wörterbuch der Philosophie (Bd. 5, Basel 1980) gibt unter dem Stichwort «Liberalismus» einen guten Überblick über die komplizierte Begriffsgeschichte. Für die Entstehung des Begriffs wird zunächst auf die Französische Revolution verwiesen. Noch älter ist der Gegensatz der *Liberales* und der *Serviles* in der spanischen Cortes. *«Das Ziel des Liberalismus ist die freie Entfaltung des Menschen ohne Einwirkung rational nicht legitimierbarer Institutionen und Autorität in einem Staat, dem kein anderer Zweck zuerkannt wird, als der Selbstverwirklichung des Menschen zu dienen, indem er dessen Rechte schützt»* (a. a.O., Bd. 5, S. 262). Die ideengeschichtlich entscheidende Frage betrifft die Rolle des Staates und seines Zwangsmonopols im Zusammenhang mit der Freiheit. Schützt er sie als Rechtsstaat und bleibt «Hort des Rechts» oder will er sie als Vorsorgestaat durch ein Netzwerk von Massnahmen und Eingriffen aktiv herbeiführen? Über den entscheidenden «Manteltausch» des Liberalismusbegriffs, der in den USA in der Zwischenkriegszeit stattgefunden hat, erfahren wir nichts Präzises. Der Erste Weltkrieg brachte auch in den USA eine Entwertung des Individualismus und Dezentralismus und eine bleibende Etablierung des Zentralismus, des Interventionismus und der nationalen Bürokratie, welche vor allem wegen ihrer Beliebtheit unter Akademikern unwiderruflich war. In den dreissiger Jahren bedeutet – so *Robert Nisbet* – Liberalismus in den USA *«wenig mehr als die Förderung neuer Regierungsämter» (...) «Die faszinierende Persönlichkeit Wilsons hatte die erste Schritte zur Veränderung des amerikanischen Liberalismus getan; die vielleicht noch schillerndere Person Franklin D. Roosevelts machte daraus einen dauerhaften Erfolg.»* (Wie tot ist der Liberalismus? in: Der Monat, N. F., 286, 5. 92)

Über die dadurch entstandene Begriffsverwirrung hat man in Europa und speziell im deutschsprachigen Raum zu wenig nachgedacht. Unter der Oberfläche des Konsenses innerhalb der «liberalen Grossfamilie» sind daher allzuviele Missverständnisse verborgen. Es gibt zu viel unreflektierte Toleranz, und diese geht zu Lasten der gemeinsamen Überzeugungskraft. Ich vermute, dass zahlreichen deutschen Neo- und Nachkriegsliberalen die hier beschriebene Kehrtwendung des Liberalismus in den USA und in Grossbritannien durchaus gelegen kam. Als Links-, Sozial- oder andere Bindestrich-Liberale deuteten sie den Verrat an den Grundideen als «notwendige Modernisierung» und hatten aus ihrer Sicht keine Motive, das Missverständnis aufzudecken.

Erstaunlich wenig wurde bisher ein weiteres terminologisches Problem der politischen Philosophie beachtet. Auch der heute in der europäischen Diskussion besonders aktuelle und brisante Begriff des *Föderalismus* verursacht aufgrund verschiedener ideengeschichtlicher und begriffsgeschichtlicher

Zusammenhänge Verständnis- und Übersetzungsschwierigkeiten. Die in der Schweiz gebräuchliche Terminologie spielt dabei eine wichtige Rolle. In der ideengeschichtlich für unser Land hochinteressanten Zeit zwischen 1798 und 1848 standen sich in der Schweiz Partikularisten, Föderalisten und Unitarier gegenüber. (Die ideengeschichtliche Entwicklung ist durch die grundlegenden Untersuchungen von *Alfred Kölz*. Neuere Schweizerische Verfassungsgeschichte samt Quellenbuch, im Überblick hervorragend dargestellt und dokumentiert worden.) Diese Epoche der Schweizergeschichte ist im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozess von höchster Aktualität, auch wenn vor einer direkten Übertragung unserer Erfahrungen auf die europäische Ebene gewarnt werden muss. Möglicherweise haben wir nämlich schon damals für die notwendige Liberalisierung einen zu hohen Preis an Zentralisierung bezahlt...

Der Föderalismus spielt auch in der Geschichte der Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle, doch war die politische Auseinandersetzung vom Gegensatz der Föderalisten und der autonomistischen (in späterer Zeit auch sezessionistischen) Anti-Föderalisten geprägt. Für unitarische Projekte fehlte der Sukkurs, d. h. es gab keine politisch bedeutsame Gruppierung, die sich für einen amerikanischen Zentral- und Einheitsstaat einsetzte.

Die Föderalisten in der Schweiz waren und sind daher in ihrem Gegensatz zu den Unitariern *anti*zentralistisch eingestellt und damit *für* kantonale Autonomie im Rahmen des Bundes, während die *federalists* – wörtlich übersetzt die «Bündler» – (in den berühmten *Federalist Papers* von *Hamilton*, *Madison* und *Jay*) *gegen* eine unbeschränkte Autonomie der Gliedstaaten in einem lockeren Staatenbund und *für* eine starke bundesstaatliche Zusammenarbeit mit wichtigen Kompetenzen beim Bund, also *zentralistisch* argumentierten. Es gibt beim Begriff des Föderalismus keinen eigentlichen terminologischen «Manteltausch», aber zwei wesentlich verschiedene historische Ausgangslagen. Eine bis heute aktuelle Rolle spielt die Unterscheidung von Staatenbund *(confederation)* und Bundesstaat *(federation)*, wobei eben die *federalists* einem Bundesstaat gegenüber einem Staatenbund den Vorzug geben und demnach das Gemeinsame, Zentrale in den Mittelpunkt stellen. Die *confederalists* vertreten hingegen jene Tendenz, die für eine grosse Eigenständigkeit der Bündnispartner optiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in der bundesdeutschen Verfassungsdiskussion eine Föderalismusdebatte, die mit der schweizerischen Debatte des 19. Jahrhunderts vergleichbar ist und wohl auch von ihr beeinflusst war. Wie in der Schweiz ging es um drei idealtypische Optionen, bei denen die föderalistische eine vermittelnde Rolle spielte. Anders liegen die Verhältnisse in der derzeitigen Diskussion um die Europäische Union. Zur Debatte stehen konföderale und föderale, d. h. staatenbündische und bundesstaatliche Optionen, während ein europäischer Zentralstaat bisher – glücklicherweise – kein Thema ist. Wir tun daher gut daran, uns an den anglo-amerikanischen Sprachgebrauch zu erinnern, und wie *Margaret Thatcher* und *John Major* das föderalistische Element als eine *Intensivierung* und *nicht* als eine *Relativierung* der zentralen bundesstaatlichen Elemente in Europa zu deuten. Der Hinweis auf einen «föderalistischen Aufbau» ist in Europa kein Grund zur Beruhigung für jene, welche eine möglichst grosse Eigenständigkeit und einen möglichst umfassenden Minderheitenschutz im Rahmen der Gemeinschaft anstreben. Föderalisten sind die «Bündler», die «Bundesstaatler» die angesichts eines staatenbündisch-bundesstaatlichen Mischgebildes in Europa eher zentralisierende Tendenzen vertreten. Für uns Schweizer ist dieser Sprachgebrauch zwar ungewohnt, aber von der Begriffsgeschichte her muss er einleuchten.

Die federalists geben einem Bundesstaat (federation) gegenüber einem Staatenbund (confederation) den Vorzug, vertreten also zentralistische Tendenzen.

Beinahe unbeschränkte Möglichkeiten des Missverstehens bietet der Begriff des *Konservativismus* (in Anlehnung an das Englische oft auch Konservatismus genannt). Hier gibt es kaum einen terminologisch-ideologischen «Manteltausch» festzustellen. Es ist vielmehr der historische Wandel, der dazu führt, dass man ohne genauere Angaben eigentlich nie mehr eindeutig sagen kann, welche Strukturen bzw. welche Werte ein Konservativer konservieren will. In der politischen Auseinandersetzung führt dies dazu, dass der Begriff kaum mehr bedeutet als ein Mantel, der allen möglichen und unmöglichen Trägern umgehängt werden kann. Eine an der Wortgeschichte anknüpfende Erklärung ist daher heute kaum mehr möglich. Wer sind heute in der ehemaligen Sowjetunion die Konservativen? Konsequenterweise müsste man – wie dies etwa in der «NZZ» gebräuchlich ist – die Anhänger des alten Sowjetregimes als konservativ bezeichnen, weil sie einen «ursprünglichen Zustand» wiederherstellen möchten. Umgekehrt hätte man dann aber Mühe, Margaret Thatcher in diesem wörtlichen Sinn als konservativ zu bezeichnen, da ja ihr ganzes Programm auf eine schrittweise und grundlegende Veränderung der

britischen Wirtschaft und Gesellschaft ausgerichtet war. Sie hat ja auch tatsächlich vieles verändert, und ihre historischen Verdienste werden heute noch zu wenig gewürdigt. Vollends paradox wird der am Wortsinn anknüpfende Sprachgebrauch von «konservativ», wenn sich etwa der für seinen unerschrockenen Reformkurs zu Recht berühmte tschechische Ministerpräsident *Vaclav Klaus* als «konservativ» bezeichnet, obwohl sein Programm darin besteht, von den alten politischen und wirtschaftlichen Strukturen in seinem Land möglichst nichts zu konservieren, sondern auf der Basis der Marktwirtschaft alles neu zu schaffen.

Es fällt bei allen Bedenken schwer, den traditionsreichen Begriff aufgrund der heutigen Umbruchsituation und aufgrund des umfassenden Reformbedarfs bei ganz und fast bankrotten sozialstaatlichen Systemen einfach für wertlos zu erklären. Wer davon ausgeht, dass die Freiheit des Individuums, die Privatautonomie und die spontane Ordnung des Marktes ihrem Wesen nach in der Natur des Menschen liegen – wenn man diesen nur in Ruhe lässt – und dass der Staat in erster Linie Rechte schützen und im übrigen möglichst nicht schaden sollte, kann mit gutem Recht von einem «harten Kern» von Grundwerten reden, die es in erster Linie zu *konservieren* oder eben wiederherzustellen gilt. (Der liberale Skeptiker fragt sich allerdings, ob es jene glücklichen Zeiten, in denen diese Werte im Zentrum standen in der Geschichte je gegeben hat.) Konservative im erwähnten freiheitsfreundlichen Sinn wären also gegenüber allen Veränderungen, welche schädliche Beeinflussungen dieses menschlichen und mitmenschlichen Kernbereichs abbauen, aufgeschlossen. Konservativ ist für viele – und wohl mit guten Gründen – das was die britischen Konservativen unter Margaret Thatcher angestrebt haben: Schutz der Freiheitsrechte, Garantie des Privateigentums und freie Marktwirtschaft durch einen geordneten Rückzug aus der Sackgasse des Sozialstaats... Ob der Veränderungsbedarf, der in Europa angesichts solcher Ziele manifest ist, mit dem Begriff «konservativ» adäquat zum Ausdruck kommt, ist allerdings mehr als fraglich. ✦

ROBERT NEF

SPLITTER

Jedes ausgesprochene Wort erregt den Gegensinn.
J. W. GOETHE, Die Wahlverwandtschaften, 2. Teil. Kap. 4

Je näher man ein Wort ansieht, desto ferner sieht es zurück.
KARL KRAUS

Unter sich verändernden realhistorischen und kulturgeschichtlichen Rahmenbedingungen kann die Identität der Texte nie erhalten bleiben, sie gewinnen neue und verlieren alte Sinndimensionen, und zwar in der Regel so, dass sich diese Änderungen nicht expressis verbis behaupten, nicht gestalthaft ausbilden, sondern durch den veränderten Rezeptionsrahmen, durch bis dahin unbestimmte Konnotationen desselben Wortmaterials und Formenrepertoires evident werden.

O. LORENZ: Formadaptation und Übersetzungsgeschichte.
In: Keller übersetzen. Traduire Keller.
(Travaux du Centre de traduction littéraire de Lausanne No 13, S. 33)